

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. November 1959

28/A.B.

zu 34/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Auf die Anfrage der Abgeordneten S t ü r g k h und Genossen, betreffend Entschädigungsgesetz nach Artikel 27 Abs.2 des Staatsvertrages, ist folgende Antwort des Bundesministers für Finanzen Dr. K a m i t z eingelangt:

"Die Arbeiten an dem Gesetzentwurf, betreffend die Entschädigung für österreichische Vermögensverluste in Jugoslawien (Durchführungsgesetz zum Artikel 27 Abs.2 Staatsvertrag), sind so weit fortgeschritten, dass ich annehme, dass das Hohe Haus noch in dieser Legislaturperiode in der Lage sein wird, sich mit dem Gesetzentwurf zu befassen.

Von dem im Bundesvoranschlag für 1960 bei Kapitel 26 Tit.1 § 4 für Ausgaben im Zusammenhang mit Artikel 27 Staatsvertrag vorgesehenen Gesamtkredit von 67 Millionen Schilling sind für Aufwendungen nach Artikel 27/2 Staatsvertrag (Entschädigung für österreichisches Vermögen in Jugoslawien) 40 Millionen Schilling in Aussicht genommen."

-.-.-.-.-